

Solidarität mit Kerem Schamberger; Kritik an Bodo Ramelow

Der Vorsitzende der DKP, Patrik Köbele, und seine beiden Stellvertreter Wera Richter und Hans-Peter Brenner veröffentlichten am Sonntag unter der Überschrift »Stoppt den kalten Krieg in Bayern« folgende Erklärung:

An der Ludwig-Maximilians-Universität in München blockiert der sogenannte Verfassungsschutz die Vergabe einer halben Stelle an unseren Genossen Kerem Schamberger. Dies ist ein ausgewachsener politischer Skandal. Er trifft Kerem, aber er zielt auf unsere Partei, die DKP. Er zielt auf alles, was fortschrittlich ist, sich gegen eine Politik stellt, die auf Hochrüstung und Sozial- und Demokratieabbau setzt.

Wir, die Vorsitzenden der DKP, erklären unsere volle Solidarität mit Kerem. Wir rufen alle Antifaschisten und Demokraten zur Solidarität auf. (...)

Dieser Geheimdienst nennt sich Verfassungsschutz und lässt über Jahre zu, dass eine faschistische Mörderbande ungestraft mordend durch dieses Land zieht. Dieser Geheimdienst ignoriert, dass die Gewaltbereitschaft neofaschistischer Kräfte immer mehr anwächst, und schaut weg, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen, Migranten bedroht, gejagt, verprügelt, Polizisten ermordet werden. Nur nach links, gegen Demokraten, da schlägt er zu.

Dieser Geheimdienst muss aufgelöst werden. Kerem muss seine Stelle antreten können.

Am 17. Oktober veröffentlichte die Tageszeitung *Stuttgarter Nachrichten* ein Interview mit dem Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow (Die Linke), das am 18. Oktober auch in der Südthüringer Tageszeitung *Freies Wort* erschien. Der Landessprecherrat der Kommunistischen Plattform Thüringen in der Partei Die Linke (KPF) nahm dazu am Sonntag Stellung:

Auf *Zeit online* äußerte Genosse Bodo Ramelow bereits am 10. Juli 2016: »Wir müssen ja keine begeisterten NATO-Anhänger werden«. (...) Nunmehr lesen wir eine Wiederholung dieser Position in der Zeitung *Freies Wort*, offenbar nach dem Motto »Steter Tropfen höhlt den Stein«. Zum Thema NATO meint Genosse Ramelow im einzelnen: »Ich werbe dafür, die NATO-Frage nicht vor die Koalitionsverhandlungen zu stellen. Wenn wir als Dogma aufstellen, dass sich die anderen erst verändern müssen, bevor man koalitiert, kommen wir nie weiter.« Das heißt: Wir müssen unsere Haltung als Antikriegspartei aufgeben, dann klappt es auch mit dem Mitregieren?

»Wir haben eine Verteidigungsarmee. Ich will auch bei uns eine gründlichere Diskussion: Stört uns die Armee an sich, oder ihr Auftrag als Interventionsarmee? Sind wir eine pazifistische Partei oder eine Antikriegspartei?« Genosse Ramelow, über diese Frage haben wir längst im Erfurter Programm entschieden: Die Bundeswehr ist seit 1991 und im besonderen Maße seit 1999 eine Armee, die sich als Mitglied der NATO weltweit an Kriegen beteiligt. (...)

»Die verstandene und akzeptierte Unterschiedlichkeit in Fragen der Militärpolitik ist kein Ausschlusskriterium für eine rot-rote-grüne Koalition.« Daraus folgt nach Bodo Ramelow, in einer rot-rot-grünen Bundesregierung sind wir Teil einer aggressiven Militärpolitik der NATO als deren Bündnispartner. (...)

Nein, danke, Bodo, da machen wir nicht mit. Wir halten uns an die Festlegungen im Erfurter Programm.(...)

Über diese und weitere, uns in Thüringen betreffende Fragen werden wir uns auf der Landesversammlung der KPF am 29. Oktober 2016 in Erfurt verständigen. Die Versammlung ist öffentlich.

<http://www.jungewelt.de/2016/10-24/037.php>